

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Togo - 1993

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1994) : Togo - 1993, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1993: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 172-176

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301686>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Togo - 1993

Fläche: 56 785 km², **Einwohner:** 3,6 Mio., **Hauptstadt:** Lomé, **Amtssprache:** Französisch, **Schulbesuchsquote:** 72%, **Wechselkurs:** \$ 1 = 267, **Pro-Kopf-Einkommen:** 410\$, **BSP:** 1,6 Mrd. \$, **Anteil am BIP:** 34% - 20% - 46%, **Hauptexportprodukte:** Phosphat 51%, Baumwolle 30%, Kaffee u. Kakao je 9%; **Staatschef:** General Gnassingbé Eyadéma, **Ministerpräsident:** Joseph Kokou Koffigoh, **Regierungspartei:** Rassemblement du Peuple Togolais (RPT, ehemalige Einheitspartei); **Oppositionsparteien:** Comité d'Action pour le Renouveau (CAR), Union Togolaise pour la Démocratie (UTD), Union des Forces du Changement (UFC)

Die politische Krise, verursacht durch die brutale Unterdrückung jeglicher Opposition seitens Eyadémas und der ihm getreuen Militärs, dauerte an. Die in sich gesplante Opposition hatte den Winkelzügen der Regierung wenig entgegenzusetzen. Eyadéma gewann die manipulierten und von weiten Teilen der Opposition boykottierten Präsidentschaftswahlen. Trotz internationaler Proteste unterstützte die konservative Regierung Frankreichs ihren "alten Freund" Eyadéma und trug so wesentlich zur Fortdauer der Krise bei. Der von der Opposition unterstützte Generalstreik legte praktisch das gesamte Wirtschaftsleben in der ersten Jahreshälfte lahm.

Innenpolitik

Die Politik des Staatsterrors zur Einschüchterung der Opposition und der Bevölkerung setzte sich auch im Berichtsjahr weiter fort. Als Folge diverser Anschläge auf Oppositionelle gingen die meisten Führer der Opposition in den Untergrund oder flüchteten ins Ausland. Entgegen dem Votum des HCR bestätigte Staatschef Eyadéma am 18.1. J. K. Koffigoh, der mittlerweile endgültig ins Lager des Diktators übergewechselt war, als Premierminister der zum vierten Mal umbesetzten Übergangsregierung. Deutsch-französische Vermittlungsbemühungen zur Beilegung der Krise wurden gleich zu Jahresbeginn mit Massakern an der Bevölkerung begleitet: Am 24.1. waren der französische Entwicklungsminister Marcel Debarge und Helmut Schäfer, Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt, zu einem Vermittlungsgespräch nach Lomé gereist. Die gemäßigte Opposition (Collectif de l'Opposition Démocratique, COD II) hatte zu einer Demonstration zur Begrüßung dieser Vermittlungsdelegation am 25.1. aufgerufen. Auf dem Demonstrationmarsch zum Hotel, in dem die beiden Vermittler eine Pressekonferenz abhielten, eröffneten plötzlich Sicherheitskräfte das Feuer auf die friedlichen Demonstranten; nach vorsichtigen Schätzungen wurden mindestens 22 Demonstranten getötet und über 40 schwer verletzt; nach Augenzeugenberichten lag die Zahl mit bis zu 50 Getöteten und 200 Verletzten allerdings noch wesentlich höher. Fünf Tage später, am 30.1., ging die Armee in Lomé, angeblich aus Rache für einen gelynchten Soldaten, erneut auf Jagd nach Oppositionellen, wobei mehrere hochrangige Politiker verletzt oder getötet, die Anwesen von geflüchteten Oppositionsmitgliedern zerstört und geplündert sowie zufällig im Wege stehende Zivilisten mißhandelt oder erschossen wurden.

Die Terrorakte von Armee und staatlichen Sicherheitskräften dauerten mehrere Tage an und lösten unter der Bevölkerung eine Fluchtwelle bisher nicht gekannten Ausmaßes aus. Allein am 1.2. flüchteten ca. 30.000 Bewohner Lomé über die Grenze nach Benin und Ghana; in den folgenden Wochen und Monaten schwoll der Flüchtlingsstrom - hauptsächlich aus dem Süden des Landes - schnell auf rund 350.000 Menschen (ca. 10% der Gesamtbevölkerung Togos) an. Ende März (25.-28.3.) kam es zu einer als "Putschversuch" kaschierten "Säuberungsaktion" innerhalb der togoischen Armee. Die Aktion ging - gemäß Augenzeugenberichten geflohener Soldaten - von einem durch Eyadéma-Truppen vorgetäuschten oppositionellen Angriff auf die Kaserne des Regiments Interarmes Togolais (RIT) in Lomé-Tokoin (einem Wohnsitz des Staatspräsidenten) aus. Der "Putsch" mündete in eine Hetzjagd auf Soldaten aller Dienstgrade, die der Illoyalität oder Sympathie mit der Opposition verdächtigt wurden. Der persönliche Stabschef Eyadémas, General Amegee (Ameyi) Yao Mawulikplimi, ein vermutlich wegen seines Rücktrittgesuchs in Ungnade gefallener früherer enger Vertrauter Eyadémas (ehemaliger Innen- und Verteidigungsminister und einer der wenigen höheren togoischen Offiziere aus dem Süden, ein Ewe aus der Kpalimé-Region), dessen Neffe Colonel Tépé (Koffi) Eugène, stellvertretener Stabschef, seine drei Kinder, der Kommandeur der Präsidentschaftswache, Gnandi Akpo, sowie mindestens 17 weitere Offiziere, Mannschaften und Zivilisten wurden ermordet. In den folgenden Tagen verhafteten Eyadémas Gefolgsleute weitere Militärs und exekutierten sie am Stadtrand von Lomé. Verteidigungsminister Inoussa Bouraïma gab an, über hundert Menschen seien getötet worden, um ein Exempel zu statuieren. Die Zivilisten ließ man am 3.7. frei, während die Militärhäftlinge weiterhin ohne Anklage gefangen gehalten wurden.

Mittlerweile hatte die in Cotonou (Benin) im Exil lebende oppositionelle Elite Anfang März Jean-Lucien Savi de Tové, den der radikalen Opposition nahestehenden Führer der Parti des Démocrates pour l'Unité, als Gegenkandidaten Koffigohs zum Ministerpräsidenten (im Exil) gewählt. Am 15.4. begannen unter der Leitung des Staatspräsidenten Burkinas, Blaise Compaoré, in Ouagadougou Verhandlungen zwischen COD-II und Vertretern der togoischen Regierung. Letztere setzte alles daran, die Opposition zu spalten, und den Haupttrivalen Eyadémas, den Führer der radikalen Oppositionsfront Union des Forces du Changement (UFC), G. Olympio, mit allen Mitteln von der Teilnahme an den Wahlen fern zu halten. Olympio selbst konnte togoischen Boden nicht betreten, da Eyadéma gegen ihn einen internationalen Fahndungsbefehl wegen angeblicher Teilnahme an dem "Putschversuch" vom 25.3. erwirkt hatte. Die Verhandlungen in Ouagadougou drohten dreimal ohne Ergebnis abgebrochen zu werden, resultierten aber schließlich am 11.7. - nicht zuletzt wegen des zunehmenden internationalen Drucks auf alle Verhandlungsparteien - in der Unterzeichnung eines Abkommens (Ouaga(dougou) III): Das Abkommen sah vor, daß die Armee sich für den Zeitraum des Wahlkampfes und der Wahlen in die Kasernen unter Überwachung von 70 französischen und 40 burkinabischen Militärbeobachtern zurückzog; die Öffentliche Sicherheit sollte durch eine zu diesem Zwecke gebildete Sondereinheit der Polizei und Gendarmerie (FORS 93) gewährleistet werden; eine 9-köpfige Wahlkommission unter Vorsitz des (durch Eyadéma ernannten) Präsidenten des Obersten Gerichtshofes sollte die Wahlvorbereitungen und -ablauf sowie den gleichberechtigten Zugang aller Parteien zu den Medien gewährleisten. Ein internationales comité de suivi mit Teilnehmern Frankreichs, der USA und Deutschlands, unter Vorsitz Burkina Fasos, sollte den Ablauf der Wahlvorbereitungen und Präsidentschaftswahlen, die nun für den 25.8. festgeschrieben wurden, kritisch begleiten.

Ursprünglich stellten sich 7 Präsidentschaftskandidaten zur Wahl. Olympio, der international als aussichtsreichster Konkurrent Eyadémas galt, wurde mit der fadenscheinigen Begründung des Obersten Gerichtshofes in Lomé, er habe kein durch togoische Ärzte beglaubigtes Attest vorgelegt, von der

Kandidatur ausgeschlossen. Diese höchstrichterliche Entscheidung stieß im In- und Ausland auf Unverständnis; denn Olympio hatte bereits ein Attest eines renommierten Pariser Ärzteteams vorgelegt, und besaß nach dem Mordanschlag durch Eyadéma-Söldner im Mai 1992 allen Grund zur Befürchtung, bei seiner Einreise nach Togo verhaftet oder umgebracht zu werden. Angesichts dieser Sachlage sowie der nach wie vor nicht gewährleisteten Sicherheit für die Rückkehr der 250 - 350.000 togoischen Flüchtlinge in Benin und Ghana, den inzwischen bekannt gewordenen Intrigen und Manipulationen der Wählerregister, Wahlkarten etc. rief Olympio zum Boykott der Wahlen auf. Die Vertreter der gemäßigten Opposition COD-II, insbesondere Maître Yaowi Agboyibo (CAR) und Edem Kodjo (UTD), hielten ihre Kandidatur noch bis kurz vor den Wahlen aufrecht. Sie rechneten sich - trotz der bekannten regierungsseitigen Wahlmanipulationen und gravierender Behinderung der Opposition bei dem Wahlkampf - angesichts des Rückzugs der 8-Parteien-Koalition Olympios (UFC) aus dem Wahlkampf noch Gewinnchancen gegenüber der Regierungspartei (RPT) aus. Erst drei Tage vor der Wahl - nachdem Vermittlungsbemühungen der USA unter Leitung Jimmy Carters, der auf Aufschieben des Wahltermins um 10 Tage drängte, in letzter Minute gescheitert waren - zogen auch die restlichen Oppositionskandidaten ihre Kandidatur zurück und riefen ebenfalls zum Wahlboykott auf.

Wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten war, ging Eyadéma aus den Präsidentschafts-"Wahlen" mit 96% der abgegebenen Stimmen als "Sieger" hervor; während der Wahlboykott im Süden des Landes weitgehend befolgt wurde, gingen in den Eyadéma-Hochburgen im Norden bis zu 75% der Bevölkerung zur Wahl. Die Wahlbeteiligung betrug nach offiziellen Angaben 39,5%; sie lag aber wegen der Aufblähung des Wählerregisters durch fiktive Pro-Eyadéma-Wähler, welcher der Oberste Gerichtshof bei der Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse nur teilweise Rechnung trug, vermutlich weit darunter.

Einen Tag nach der Wahl wurde deutlich, daß die Befürchtungen der eingeschüchterten Bevölkerung sowie der togoischen Flüchtlinge im benachbarten Ausland hinsichtlich der Sicherheitslage durchaus berechtigt waren. Die Anwesenheit der 110 internationalen Militärbeobachter reichte - zumal außerhalb der Hauptstadt - in keiner Weise aus, um die Sicherheit der Bevölkerung vor den Übergriffen der Eyadéma-Truppen zu gewährleisten. Bereits am Vorabend der Wahl kam es an der Grenze zu Ghana zu Übergriffen der Sicherheitskräfte, wobei mindestens ein Mann getötet und ein weiterer schwer verletzt wurde; nach Angaben des togoischen Außenministers handelte es sich bei den beiden Männern um Terroristen, die nur über die Grenze gekommen waren, um die togoische Regierung zu stürzen. Am gleichen Tag entdeckten Anhänger der oppositionellen CAR in den Dörfern um Agbandi (Zentral-Togo), daß einige Wahlurnen bereits vor Wahlbeginn mit Wahlzetteln für Eyadéma gefüllt waren. Es kam zu Demonstrationen für einen Wahlboykott vor den Wahllokalen und zu Ausschreitungen in deren Verlauf von den Sicherheitskräften (FORS93) - unterstützt durch Angehörige der togoischen Armee (FAT), die eigentlich gemäß dem Abkommen von Ouagadougou in den Kasernen bleiben sollten - 40 Menschen gefangen genommen wurden. In der folgenden Nacht (26.8.) starben 22 der Gefangenen im Polizeigefängnis von Blitta (einer Stadt zwischen Sokodé und Atakpamé) bzw. im Hospital von Sokodé, in das vier Schwerverletzte eingeliefert wurden. Gemäß regierungsseitigen Angaben waren die Gefangenen von Personen, die sich als Angehörige der Gefangenen ausgaben, vergiftet worden. Das Ergebnis unabhängiger Recherchen deutete aber darauf hin, daß es sich hier um die Fortsetzung der Terrorakte staatlicher Sicherheitsdienste zur Einschüchterung der Bevölkerung handelte. Symptomatisch für das allgemeine Klima der Angst und das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den Sicherheitskräften war ein weiterer Zwischenfall eine Woche später: Gerüchte einer bevorstehenden militärischen Aktion gegen Oppositionelle in dem Dorf Nyamassila (nahe Blitta) bewirkten eine Massenflucht der ca. 5.000 Dorfbewohner, die befürchteten, nun ebenfalls getötet zu werden. Am 5.10.

veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über den "dramatischen Anstieg der Menschenrechtsverletzungen in Togo" seit 1990, inklusive ethnischer und politischer Verfolgung, Folter und Ermordung politischer Opponenten. Die Vorbereitung der geplanten Parlamentswahlen stand somit unter dem Schatten der durch staatliche Terrorakte eingeschüchterten Bevölkerung und der Herkules-Aufgabe, in nur wenigen Monaten das Vertrauen der Wähler wiederzugewinnen und die massiven Manipulationen des Wählerregisters, der Ausgabe der Wahlkarten, etc. zu korrigieren. Der Termin für die Parlamentswahlen wurde von der Regierung einseitig auf den 19.12. (bzw. auf den 2.1.94 für den 2. Wahlgang) festgelegt und wurde nur unter Druck der Opposition und der Geberstaaten (Frankreich, Deutschland, USA) auf Febr. 1994 verschoben; die Revision der Wählerlisten und eine Neuausgabe der Wahlausweise erforderte eine längere Anlaufzeit.

Außenpolitik

Die Menschenrechtsverletzungen in Togo wurden von der internationalen Gemeinschaft (u.a. Frankreich, Deutschland, USA, EU) massiv angeprangert. Am 10.3. verabschiedete die Kommission der VN für Menschenrechtsfragen eine Resolution, in der die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Demonstrationen durch die Armee verurteilt wurde; außerdem forderten die VN die togoische Regierung auf, die Voraussetzungen für die Sicherheit aller Togoer zu schaffen, damit auch die togoischen Flüchtlinge in Benin und Ghana wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Die EU-ACP-Staaten verabschiedeten am 1.4. eine Resolution im gleichen Sinne.

Verschiedene befreundete Länder unternahmen Vermittlungsbemühungen im Konflikt zwischen Regierung und Opposition: Frankreich und Deutschland - noch unter dem frischen Eindruck der Januar-Massaker in Lomé und angesichts der Forderung mehrerer afrikanischer Staatsmänner nach militärischer Intervention der ehemaligen Kolonialmächte - organisierten eine Gesprächsrunde in Colmar (8.2.); diese wurde jedoch durch die provozierende Forderung des Vertreters Eyadémas nach Militärhilfe zur "Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit" und durch dessen Abzug einen Tag später unter dem Vorwand, er wolle nicht unter der Drohung militärischer Intervention verhandeln, ergebnislos abgebrochen. Auch die folgenden Vermittlungsversuche der ECOWAS scheiterten an der starren Haltung der togoischen Regierung. Schließlich gewann Eyadéma mit dem Staatschef Burkina Fasos, Compaoré, zu dem er seit dessen Amtsantritt freundschaftliche Verbindungen unterhielt, einen Vermittler nach seinen Vorstellungen. Compaoré war es in den vergangenen Jahren gelungen, seine - durch die Ermordung seines Vorgängers (Sankara) befleckte - Diktatur durch Wahlen (trotz eines Wahlboykotts eines Teils der Opposition) international zu legitimieren, ein Beispiel auf das Eyadéma sich öfter berief. Geheime Verhandlungen begannen Ende April in Ouagadougou und mündeten nach mehreren Unterbrechungen am 8.7. in offiziellen Absprachen und der Unterzeichnung eines Abkommens ("Ouagadougou III") zwischen Regierung und COD-II am 11.7.

In der Folge stellte sich allerdings heraus, daß sowohl die nationale Wahlkommission als auch das internationale comité de suivi ihre Aufgaben nicht wahrnehmen konnten oder wollten, sondern sich parteiisch für Eyadéma verhielten. Massive Wahlmanipulationen waren bereits im Vorfeld der Wahlen offensichtlich. Sie wurden trotz diverser Beschwerden der Opposition und Vermittlungsversuchen der internationalen Wahlbeobachter nicht korrigiert. Die amerikanische Wahlbeobachterdelegation (NDI) und die 8 vom Auswärtigen Amt entsandten deutschen Wahlbeobachter brachen daraufhin mangels demokratischer Wahlalternativen, der dokumentierten massiven Wahlmanipulationen (u.a. Aufblähung

des Wählerregisters um ca. 500.000 Personen zugunsten der Regierungspartei) sowie der nach wie vor prekären Sicherheitslage im Lande ihre Wahlbeobachtung vorzeitig ab. Maßgeblich für diesen Abbruch war, daß man die Farce der am 25.8. ohne Beteiligung der Opposition abgehaltenen Präsidentschaftswahlen nicht noch durch offizielle Anwesenheit legitimieren wollte. Die meisten anderen internationalen Wahlbeobachter (OAU- und nationale Wahlbeobachter wurden trotz mehrfacher Anträge von der Regierung nicht akkreditiert) - ausgenommen die Franzosen - schlossen sich diesem Vorgehen an. Malis früherer Staatschef Oberstleutnant Amadou T. Touré blieb zwar in Lomé, weigerte sich aber, an der Wahlbeobachtung teilzunehmen; gleiches galt für Simon Konda, Entsandter des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali, der ebenfalls in Lomé anwesend war und unterstrich, daß die UN zur Neutralität verpflichtet sei und daher nicht an der Beobachtung von Wahlen teilnehmen könne, von denen bereits im Vorfeld klar sei, daß sie nicht fair und frei sein würden. Die überwiegende Mehrheit der Wahlbeobachter Frankreichs, das mit etwa 20 - zum größten Teil von Eyadéma persönlich eingeladenen - Beobachtern die größte Beobachterdelegation bildete, blieb dagegen im Lande und zeigte sich mit dem Wahlablauf zufrieden; nur eine Minderheit von drei parlamentarischen Delegierten (u.a. die Vizepräsidenten des franz. Senats und der Nationalversammlung) äußerten sich auf einer Pressekonferenz in Lomé am 26.8. (die im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung nicht im togoischen Fernsehen übertragen wurde) negativ über den Wahlablauf.

Generell stieß die dubiose und opportunistische Haltung Frankreichs nach dem Wahlsieg der Konservativen bei den französischen Wahlen im März (unter denen sich mächtige Freunde Eyadémas wie Innenminister C. Pasqua und Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing befanden) bereits im Vorfeld der Wahlen international auf Unverständnis. Unter dem zunehmenden Druck der USA, der EU und Deutschlands, sah Frankreich sich allerdings in seiner Rolle als Steigbügelhalter Eyadémas zusehens isoliert. Die französische Regierung realisierte, daß sie ohne die Unterstützung der westlichen Nachbarn, die den größten Teil der (inzwischen ausgesetzten) Entwicklungshilfe an Togo zahlten, kaum in der Lage wäre, die Kosten ihres konservativen Engagements zur Absicherung politischer und wirtschaftlicher Interessen in Afrika zu tragen. Demgegenüber setzte die deutsche Seite ostentativ andere Zeichen, z.B. indem Bundespräsident v. Weizsäcker am 12.5. in Bonn den zum ersten Mal verliehenen "Deutschen Afrika-Preis" für den Einsatz für Menschenrechte und Demokratie an einen maßgeblichen Führer der togoischen Opposition (Vorsitzender der CAR und ehemaligen Präsident der togoischen nationalen Menschenrechtskommission, CNDH), M. Agboyibo, vergab. Zu Beginn des Jahres hatten praktisch alle Gebernationen ihre Entwicklungshilfe an Togo (wieder) eingestellt (die EG am 26.1.; Deutschland am 4.2.; Frankreich am 11.2.; Schweiz am 8.2.; Japan am 26.2.); diese Einstellungsbeschlüsse wurden auch nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen aufrecht erhalten, weil man das Ergebnis der Parlamentswahlen abwarten wollte.

Die Beziehungen zum benachbarten Ghana und Benin waren durch die seit Januar verstärkt einsetzenden Flüchtlingsströme geprägt. Noch zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen hielten sich in Benin (150.000) und Ghana (100.000) mindestens 250.000 togoische Flüchtlinge auf. Besonders in Benin, wo 90 % der Flüchtlinge nicht in Lagern, sondern in Gastfamilien - insbesondere im ohnehin schon dichtbevölkerten Süden des Landes - Zuflucht gefunden hatten, lebten diese Flüchtlinge zum größten Teil unter katastrophalen sanitären, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Probleme, die die Strapazierung der Gastfreundschaft der Beniner im Lauf der Monate verursachte, wären die Flüchtlinge lieber heute als morgen in ihre Heimat zurückgekehrt. Ihre eigenen Erfahrungen politischer Verfolgung oder der Gefährdung von Eigentum, Leib und Leben - verbunden mit den unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen in Togo - hielten sie jedoch von einer Rückkehr in ihre Heimat und von der Teilnahme an den Wahlen ab.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Die Wirtschaft stand ganz im Schatten der politischen Entwicklung und des seit dem 16.11.93 andauernden Generalstreiks, der erst nach dem Abkommen von Ouagadougou im Juli offiziell abgebrochen wurde und das Wirtschaftsleben des formellen Sektors nahezu vollständig zum Erliegen gebracht hatte; dafür florierte der informelle Sektor. Der Kaffee- und Kakaoexport über den Hafen von Lomé mußte praktisch eingestellt werden; beträchtliche Mengen wurden allerdings über die benachbarten Grenzen nach Benin und Ghana geschmuggelt. Die Zolleinnahmen, eine der Haupteinnahmequellen des Staates, betrugen in der ersten Jahreshälfte mit F CFA 4 Mrd. nur noch ein Drittel der Vorjahreseinnahmen. Auch die Banken, deren Kreditoperationen lahmgelegt wurden, und die Phosphatindustrie mußten erhebliche Einbußen hinnehmen. Die Phosphatproduktion ging in den drei letzten Jahren der politischen Krise um ein Drittel zurück und Togo verlor vermutlich eine Reihe seiner Märkte.

Dirk Kohnert

Chronologie Togo 1993

- 25.1. Blutige Niederschlagung einer oppositionellen Demonstration in Lomé
- 26.1. EU stellt Entwicklungshilfe ein
- 1.2. Beginn einer Fluchtwelle der Bevölkerung vor staatlichem Terror
- 4.2. Deutschland stellt 1992 wieder aufgenommene Entwicklungshilfe abermals ein
- 9.2. Vermittlungsgespräche in Colmar unter deutsch-französischer Leitung gescheitert
- 11.2. Frankreich stoppt Entwicklungs- und Militärhilfe
- 12.2. Koffigoh bildet Krisenkabinett, welches das Übergangsparlament am 14.2. für illegal erklärt
- 14.2. Flüchtlingsstrom nach Benin auf 150.000 angewachsen; Benin bittet um Flüchtlingshilfe
- 23.2. der 100. Tag des unbefristeten Generalstreiks
- 26.2. Japan stellt Entwicklungshilfe ein; Attentat auf Presseattaché der UTD
- 10.3. Gründung einer Spezialtruppe (FORS 93) zur Absicherung der Wahlen
- 25./26.3. Als "Putschversuch" kaschierte Aktion gegen oppositionelle Kräfte innerhalb der Armee
- 15.4. Redaktion der Oppositionszeitung "La Tribune" von Militärs gebrandschatzt
- 12.5. Maître Yaovi Agboyibo, Präsident der Nat. Menschenrechtskommission und der Oppositionspartei CAR erhält in Bonn den "Afrika-Preis" für Menschenrechte und Demokratie
- 11.7. Wahlabkommen (Ouaga III) zwischen Regierung und gemäßigter Opposition in Ouagadougou
- 5.8. Oberster Gerichtshof lehnt Präsidentschafts-Kandidatur G. Olympios ab
- 21.8. Opposition entschließt sich wg. umfangreicher Manipulationen zum Wahlboykott
- 25.8. Präsidentschaftswahl ohne Beteiligung der Opposition führt zur Wiederwahl Eyademas
- 26.8. Ermordung von 22 Oppositionellen im Polizeigefängnis von Blitta (Nord-Togo)
- 17.9. Frankreich und Deutschland halten Einstellung der Entwicklungshilfe aufrecht
- 5.10. Amnesty international veröffentlicht Bericht über dramatischen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen in Togo seit 1990